

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 338
Thema: Linksautonome Friedrh.-Kreuzbg.

Redaktion: Michael Thiedemann
Datum: 11. August 2009

WANSNER: KÖRTINGS TATENLOSIGKEIT MACHT AUS FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG RECHTSFREIEN RAUM

Der Innenexperte und Friedrichshain-Kreuzberger CDU-Abgeordnete, **Kurt WANSNER**, erklärt:

„Wann endlich beginnt Berlins Innensenator Körting damit, dem linksextremen Treiben in Friedrichshain-Kreuzberg die Stirn zu bieten. Seine Tatenlosigkeit in den vergangenen Monaten und Jahren in Bezug auf linksextreme Gewaltexzesse in ganz Berlin, vor allem aber in Friedrichshain-Kreuzberg, haben aus diesem Bezirk einen rechtsfreien Raum gemacht. Die Polizei ist dort – dank Körtings Abtauchen – zu Freiwild deklariert worden. Allein in den letzten drei Tagen wurden hier Polizeibeamte immer wieder angegriffen, beleidigt, mit Steinen und Flaschen beworfen. Dass noch keine schweren Verletzungen zu verzeichnen sind, grenzt an ein Wunder. Und dass die Situation derartig eskaliert ist, dafür trägt Körting die politische Verantwortung.“

Aber wer wie Körting selbst samt seiner Personenschützer wenige Tage vor dem 1. Mai aus einem Restaurant in Friedrichshain flüchten muss, weil eine zunehmende Zahl Linksautonomer sich vor dem Lokal versammelten, stellt selbst die Signale: Die Demokratie flieht vor den Gesetzesbrechern. Der oberste Dienstherr der Berliner Polizei bringt sich in Sicherheit und überlässt das Feld den Feinden unserer Verfassung. Vom 1. Mai und den katastrophalen Fehlentscheidungen Körtings einmal ganz abgesehen.

Und wenn obendrein bei den Herren Körting und Polizeipräsident Glietsch die Meinung vorherrscht, man solle sein teures Auto lieber außerhalb des Bezirks parken, Körting zu instinktlosen Vergleichen der Ausschreitungen mit Vergewaltigungen neigt, und wenn mehr als 1.000 ausgebrannte Autowracks und Sachbeschädigungen an öffentlichen Einrichtungen noch immer kein Umdenken ausgelöst haben, könnte man auch sagen: Das ist das Ende vom Lied!

Aber damit finden wir uns nicht ab. Wir fordern erneut – im Namen der Berlinerinnen und Berliner sowie unserer Gäste – Sicherheit für jeden und überall in unserer Stadt zu gewährleisten. Dazu gehört, endlich den Personalabbau und die Abschnittsschließungen bei der Polizei zu beenden und wieder genügend Polizisten im Vollzug einzusetzen. Und wir fordern erneut, endlich einen Runden Tisch zum Thema Linksextremismus einzuberufen. Experten der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Brandschutzes und Extremismusforscher – die schon heute in anderen Bundesländern zusammenkommen - müssen endlich auch in Berlin zu Rate gezogen werden.“